

# **Europa (ver)handelt: warum ein Handelsabkommen den Wahlkampf beherrscht**

**Fabian Bohnenberger – 23. Mai 2014**

Die Europawahl bietet die Chance, die Sorgen, Ideen und Hoffnungen der Bürger aufzugreifen und in einer Grenzen und Generationen überspannenden Debatte die Defizite europäischer Regierungsführung anzusprechen. Im Wahlkampf rückt jedoch ein Thema immer stärker ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit: Ohne eine längere Kritik oder Rechtfertigung der TTIP, der angestrebten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und USA, scheint keine Wahlkampfdebatte mehr denkbar. Doch was ist so besonders an dem Abkommen und warum spielt es so großes Gewicht in der Europawahl?

Im Europawahlkampf steht die technische Debatte zu TTIP wie kein anderes Thema für das demokratische Defizit europäischer Politik. Die transatlantischen Handelsverhandlungen beeinflussen nicht nur die Wettbewerbssituation einiger Unternehmen, sie verändern Gesellschaften. Es geht nicht mehr um Barrieren an der Grenze, der Fokus liegt stattdessen auf der Harmonisierung von Prüfverfahren, Standards und nationalen Gesetzen. Derartige Abkommen greifen damit tief in gesellschaftliche Wertesysteme ein und beschränken die autonome Steuerungsfähigkeit der Staaten. TTIP hätte Effekte auf das Leben jedes Bürgers. Der Ausgang der Europawahl – die Zusammensetzung des neu gewählten Europäischen Parlaments sowie die Besetzung der neuen Kommission – ist damit für jeden einzelnen von entscheidender Bedeutung.

## **Ein modernes Abkommen nach altem Verhandlungsmuster?**

Der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse soll die größten marktliberalisierenden Effekte in TTIP haben. Uneinheitliche Vorschriften, wie Produkte geprüft und welche Anforderungen an Sicherheit, an Verbraucher- oder Umweltschutz sie erfüllen und welchen technischen Standards sie genügen müssen, können den Handel behindern. Für die Befürworter versprechen die Gespräche zwischen den zwei größten Volkswirtschaften in schwierigen Zeiten neue Impulse für Wirtschaftswachstum und Arbeitsmärkte. Kritiker sehen in dem Freihandelsabkommen aber zahlreiche Gefahren für Bürger, Natur, Demokratie und Welthandel.

Der Protest an der mit TTIP verbundenen Liberalisierung und Harmonisierung ist zu laut, als dass er von der Politik ignoriert werden könnte. Die Kritik beschränkt sich schon lange nicht mehr auf einzelne Gruppierungen, sondern verbindet sich mit einer tiefergehenden Skepsis der Bevölkerung, die TTIP als weiteres Beispiel einer wirtschaftlichen Deregulierung und politischen Entmündigung empfindet. Die ausdifferenzierte Kritik lässt sich in der Sorge vor einer „*corporate utopia*“ (S2B 2013), einem ambitionierten Abkommen aus der Feder der Konzerne,

zusammenfassen. Die daraus abgeleitete zentrale Forderung ist nicht nur größere Transparenz des Verhandlungsprozesses, sondern auch Mitspracherechte und größerer Einfluss der Bürger auf europäische Entscheidungsverfahren.

### **Paternalistische Anhörungdemokratie?**

Bisher gibt es keinen Dialog über TTIP, sondern nur das gegenseitige Vorhalten von Chancen und Risiken. Die bisherigen Reaktionen der EU sind nicht mit der Herstellung größerer Transparenz oder echten Mitspracherechten gleichzusetzen. Mit der Bereitschaft der Kommission, sich die Sorgen der Bürger im Rahmen von Konsultationen anzuhören, wird die Zivilgesellschaft zur Legitimationsbeschafferin reduziert. Da der Informationsfluss in die Gegenrichtung gering ist und der Einfluss der geäußerten Kritik auf die Verhandlungspositionen nicht offengelegt wird, verkommt der Transparenzbegriff zu einer inhaltsleeren, rein kommunikationsstrategischen Worthülse. Für einen öffentlichen Diskurs ist sie jedoch Grundvoraussetzung.

Die Europäische Kommission scheut eine Diskussion über die Ausgestaltung der europäischen Handelsbeziehungen. Ihr breites Verhandlungsmandat gelangte nur auf Umwegen an die Öffentlichkeit und selbst die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Probleme den TTIP-Verhandlungen zu folgen und ihrer demokratischen Kontrollfunktion gerecht zu werden. Die Kommission scheint überzeugt, in einer offenen Debatte ihre Sichtweise nicht durchsetzen zu können. Geheimverhandlungen befördern aber nur den generellen Verdacht europäische Politik würde Konzern- vor Bürgerinteressen stellen und führen zu Europaskepsis und Politikverdrossenheit.

### **TTIP als Chance für eine europäische Debatte**

Statt technokratischem Funktionalismus und diversen Anhörungs- und Konsultationspraktiken braucht es eine funktionierende repräsentative Demokratie und eine breite öffentliche Debatte. Das Europäische Parlament hat hier eine Schlüsselposition inne. Ein fertig verhandelter TTIP-Vertrag müsste vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Dies ist von großer Bedeutung, da bisher noch nicht ganz klar ist, ob auch die Zustimmung der nationalen Parlamente erforderlich ist. Anstatt zu versuchen, den Verhandlungsprozess mühselig im Detail nachzuvollziehen, sollte das neu gewählte Europäische Parlament gegenüber den Verhandlungsführern klar Stellung beziehen und proaktiv Grenzen für Liberalisierung und Harmonisierung definieren.

Die durch den Wahlkampf entstandene Situation sollte das neue Parlament nicht verstreichen lassen: Mit TTIP verfügt das Parlament über ein Thema, das Menschen in ganz Europa polarisiert und über Staatsgrenzen hinweg diskutiert wird. Die Zahl der mit TTIP verbundenen Risiken und die Aufmerksamkeit, die sie in der Öffentlichkeit erhalten, erscheint dabei ausreichend, um die Glaubwürdigkeit der EU auch in anderen Bereichen massiv zu untergraben. Sollte die Kommission die Kritik ignorieren und sich nicht zu einer grundsätzlicheren Diskussion über die Leitlinien für moderne Handelsabkommen bereiterklären, liegt es am Europäischen Parlament einen Konsens über die bislang höchst undemokratisch verwaltete Handelspolitik herbeizuführen.

Um den Bürgerwillen glaubhaft repräsentieren zu können, ist für die Arbeit des Europäischen Parlaments eine hohe Wahlbeteiligung von entscheidender Bedeutung. Im Gegensatz zu den bei TTIP weit verbreiteten unverbindlichen Konsultationsmechanismen bietet die Europawahl jedem Bürger die Chance, die Position des Europäischen Parlaments im Verbund der EU-Organe zu stärken und einen tatsächlichen Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen.